

Unter Beschuss von links und rechts

Grüne Prowil und SVP wollen beim Projekt Wil West mehr Mitsprache der Bevölkerung. Der Stadtrat hält jedoch an seinem Vorgehen fest.

Gianni Amstutz

«Wil West ist eine einmalige Chance für die Stadt Wil.» Was der Stadtrat in einer Antwort auf einen Vorstoss schreibt, darauf können sich wohl im Grundsatz auch die meisten Wiler Politiker einigen. Immerhin verspricht das Generationenprojekt nicht nur bis zu 3000 Arbeitsplätze in die Region zu bringen, sondern soll mit den flankierenden Massnahmen auch die Lebensqualität in der Stadt Wil massgeblich verbessern.

Geht es aber um die Details des Projekts, gibt es im Stadtparlament zahlreiche Vorbehalte. Solche gibt es sowohl auf der linken als auch auf der rechten Seite des politischen Spektrums. Ihnen gemeinsam ist, dass sie Bedenken hegen, die Interessen der Stadt Wil könnten beim Projekt, bei dem die Kantone Thurgau und St.Gallen federführend sind, übergangen werden.

Grüne Prowil kritisieren Landverschleiss

Eine konkrete Massnahme, bei dem sich die Differenzen bezüglich Wil West offenbaren, ist die Netzergänzung Nord. Diese soll Bronschhofen mit der Autobahn A1 verbinden – und somit den Verkehr aus dem Stadtzentrum raushalten. Als der Stadtrat vergangenes Jahr die Eckpunkte der Netzergänzung Nord vorstellte, blieb das nicht ohne Reaktionen.

An vorderster Front engagieren sich die Grünen Prowil gegen die vorgeschlagene Linienführung. Sie bemängeln, dass der Landverschleiss dadurch zu gross sei. Denn der geplante Autobahnanschluss in Bronschhofen soll nicht über eine bestehende Strasse mit Bronschhofen verbunden, sondern parallel dazu im Grünen gebaut werden.

Tunnellösung nicht nur bei Grünen salonfähig

Ein weiterer Streitpunkt: Die Grobplanung sieht vor, die Netzergänzung Nord nur auf einer Länge von 300 Metern untertags



Die Linienführung der geplanten Netzergänzung Nord gibt zu reden. Auch der Umstand, dass nur 300 Meter unterirdisch geführt werden sollen (gestrichelte Linie) ist den Grünen ein Dorn im Auge. Bild: PD

zu bauen. Die Grünen Prowil werfen dem Stadtrat vor, sich zu wenig stark für eine Tunnellösung oder eine Streckenführung über die bestehende Industriestrasse stark gemacht zu haben.

Dass eine Tunnellösung auch bei anderen Parteien auf Zustimmung stossen könnte, zeigt ein Vorstoss von SVP-Fraktionspräsident Benjamin Büsser. In einem Vorstoss machte er sich erfolgreich dafür stark, dass eine solche Variante für die zweite geplante Netzergänzung im Osten der Stadt zumindest geprüft werden soll.

Der Stadtrat wehrt sich nun in seiner Antwort auf einen Vorstoss der Grünen Prowil gegen den Vorwurf, er habe sich zu wenig für die Interessen der Stadt Wil eingesetzt. Der Kanton habe eigentlich eine Variante bevorzugt, die gar keine Überdeckung

der Fahrbahn vorsah. Nur weil der Stadtrat darauf insistiert habe, den nördlichen Teil der Umfahrung «aus Gründen der optimalen Einbettung in die Landschaft und des Landschaftsschutzes im Minimum 300 Meter zu überdecken», habe das kantonale Bauamt schliesslich eingewilligt, heisst es in der Antwort.

Grundsatzabstimmungen durchführen

Während die offene Linienführung mit Kosten von 30 bis 34 Millionen Franken rechnet, ist die nun gewählte Variante mit 45 bis 49 Millionen Franken veranschlagt. Dies dürfte der Stadtrat so werten, dass es ihm sehr wohl gelungen ist, die Prioritäten beim Kanton weg vom Preis hin zum Landschaftsschutz zu bewegen. Ob das den Grünen

Prowil reicht, ist allerdings fraglich. Denn die Grünen Prowil hatten in ihrem Vorstoss vom Stadtrat eigentlich einen Marschhalt verlangt. Zuerst sollte in Wil ein Partizipationspro-

«Ein Marschhalt ist aus Sicht des Stadtrats weder nötig noch zweckmässig.»

Stadtrat Wil
In der Antwort auf den Vorstoss

zess gestartet werden, bei dem die Bevölkerung Stellung nehmen könnte.

Eine ähnliche Idee kam auch von der SVP. Sie regte in einem Vorstoss an, eine oder mehrere Grundsatzabstimmungen über Wil West und die damit verbundenen Projekte durchzuführen.

Doch der Stadtrat will weder davon noch vom Marschhalt etwas wissen: «Ein Marschhalt ist aus Sicht des Stadtrates nicht nötig und nicht zweckmässig.» Eine Grundsatzabstimmung sei zudem gar nicht zulässig, da die Federführung des Gesamtprojektes bei den Kantonen Thurgau und St.Gallen liege.

Mehrere Möglichkeiten zur Mitsprache

Gleichwohl wird die Wiler Bevölkerung nicht komplett aussen vor gelassen. Der Stadtrat werde

mit dem kantonalen Tiefbauamt die Möglichkeiten des Dialoges und der Mitwirkung der Bevölkerung im Rahmen der Erarbeitung des Projektes Netzergänzung Nord klären, verspricht die Stadtratsregierung.

Ausserdem werde der Kantonsrat voraussichtlich Ende 2022 über einen Sonderkredit für die Arealentwicklung Wil West beraten. Dieser unterstehe wiederum – je nach Höhe – dem fakultativen oder obligatorischen Referendum. Die Stimmberechtigten des Kantons – und damit auch die Wilerinnen und Wiler – werden also bei einer Abstimmung Stellung nehmen können. Dasselbe gilt auf kommunaler Ebene im Rahmen des Bewilligungsverfahrens. Mittels Rats- oder Volksreferendum könnte es auch hier zu einer Abstimmung kommen.

SVP-Kantonsräte machen weiter Druck auf Verantwortliche

Am Donnerstagabend laden Bruno Dudli und Damian Gahlinger die Bevölkerung zu einem Gespräch beim Uzwiler Augartenknoten ein.

Der Kanton muss ein neues Projekt für die Sanierung des Augartenknotens in Uzwil erarbeiten, denn in der Aprilsession hat der Kantonsrat das geplante Projekt abgelehnt. Bereits vor der Abstimmung hatten SVP-Kantonsrat Bruno Dudli und sein Parteikollege Damian Gahlinger zweimal das Gespräch mit der Bevölkerung vor Ort bei der Augartenkreuzung gesucht. Dabei bekämpften sie das Projekt des Kantons. Diesen Donnerstag laden sie zu einem dritten Austausch ein.

Was wollen Sie mit dieser Veranstaltung bezwecken?

Bruno Dudli: Wir wollen von Anfang an in einem partizipativen

Verfahren beteiligt werden. Seit drei Jahren versuchen wir, uns mit Vorstössen bei einer Lösung für die Sanierung der Kreuzung einzubringen, wurden aber immer links liegen gelassen.

Dann geht es darum, den Verantwortlichen Druck zu machen?

Wir wollen nicht einfach die Kantonsverwaltung machen lassen und hoffen, dass es schon gut kommt. Auch das Feedback der Kantonsräte soll in den Prozess einfließen. Wir wollen gehört werden. Und natürlich wollen wir am Donnerstag den Puls der Bevölkerung spüren. Ihre Wünsche und Probleme sollen auch gehört werden.



SVP-Kantonsrat Bruno Dudli möchte mit der Bevölkerung über eine Lösung an der Augartenkreuzung diskutieren. Bild: Larissa Flammer

Werden Sie weiter für die von Ihnen favorisierte Lösung mit einer Unterführung weibeln?

Ja, wir werden auch diesmal auf die Vorteile einer Unterführung eingehen.

Greifen Sie damit nicht dem Prozess voraus? Es ist ja die Aufgabe der Experten des Tiefbauamts, die beste Lösung zu finden.

Das kann man so sehen. Wenn sie einen besseren Vorschlag bezüglich Preis-Leistungs-Verhältnis haben, sind wir offen. Wir verschliessen uns anderen Lösungen nicht. Aber das erste Projekt hätte an der Verkehrssituation kaum etwas geändert.

Noch ein solches Projekt wollen wir nicht.

Wer ist am Donnerstag eingeladen?

Die Bevölkerung. Wir haben aber auch die Gemeindepräsidenten der Standortgemeinden Oberbüren und Uzwil eingeladen. Und auch die zuständige St.Galler Regierungsrätin Susanne Hartmann. Ob sie kommen, weiss ich nicht.

Larissa Flammer

Hinweis

«Volksgespräch» auf der Seite des Naturhügels bei der Augartenkreuzung in Uzwil, Donnerstag, 20. Mai, 17.30 Uhr